

Vom Präsidium:

Präsident Milde (SPD)  
Vizepräsident Dr. Blanke (CDU)  
Vizepräsidentin Goede (SPD)  
Vizepräsident Remmers (CDU)  
Vizepräsidentin Herrmann (Grüne)  
Vizepräsident Rehkopf (FDP)

Schriftführerin Lau (SPD)  
Schriftführerin Lübben (SPD)  
Schriftführer Mientus (SPD)  
Schriftführer Rettig (SPD)  
Schriftführer Puls (Grüne)  
Schriftführer Brunkhorst (CDU)  
Schriftführerin Pawelski (CDU)  
Schriftführer Reinemann (CDU)  
Schriftführerin Stoll (CDU)

Auf der Regierungsbank:

	Staatssekretär Scheibe, Niedersächsische Staatskanzlei
Innenminister Glogowski (SPD)	
Finanzminister Swieter (SPD)	
Sozialminister Hiller (SPD)	Staatssekretär Dr. Riege, Niedersächsisches Sozialministerium
Kultusminister Wernstedt (SPD)	Staatssekretärin Jürgens-Pieper, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	Staatssekretär Kappert, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke (SPD)	Staatssekretär Bartels, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Justizministerin Alm-Merk (SPD)	Staatssekretär Dr. Düwel, Niedersächsisches Justizministerium
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Schuchardt	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltministerin Griefahn	
Frauenministerin Schoppe (Grüne)	

Beginn: 11.03 Uhr.

**Präsident Milde:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 6. Sitzung im 4. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 12. Wahlperiode.

Der Herr Ministerpräsident hat sich für heute entschuldigt. Er vertritt unser Land beim Staatsakt in Berlin.

Ich heiße Sie alle zu dieser Festsitzung recht herzlich willkommen. Stellvertretend für alle hier im Plenarsaal versammelten Gäste möchte ich zwei persönliche Begrüßungen aussprechen. Als herausragenden Vertreter jener älteren Generation, die durch Gefangenschaft während der Zeit des Nationalsozialismus und den entschlossenen Willen zum Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens in Niedersachsen nach dem Kriege geprägt ist, begrüße ich besonders herzlich den ehemaligen Ministerpräsidenten dieses Landes, Herrn Alfred Kubel.

(Lebhafter Beifall.)

Ebenso herzlich begrüße ich als Vertreter der jungen Generation, auf der unsere Hoffnungen für ein zukünftiges Leben in Frieden und Freiheit in Deutschland ruhen, die 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule aus Harbke im ehemaligen Gebiet der DDR und im künftigen Bundesland Sachsen-Anhalt sowie die 10. Klasse der Beireis-Realschule aus Helmstedt.

(Lebhafter Beifall.)

Mein Dank gilt Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Rudolf Wassermann für seine Bereitschaft, aus Anlaß des heutigen Tages zu uns zu sprechen, und den Musikern des Isernhagener Streichquartetts, denen wir jetzt zuhören wollen.

(Das Isernhagener Streichquartett spielt den 1. Satz Allegro ma non troppo aus dem Streichquartett c-Moll Opus 18 Nr. 4 von Ludwig van Beethoven. — Die Darbietung wird mit lebhaftem Beifall bedacht.)

Meine Damen und Herren! Wir haben uns versammelt, weil wir einen für unser Volk historischen Tag feiern dürfen, der in seiner Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Deutsche Demokratische Republik hat ihren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland erklärt, und dieser Beitritt ist heute wirksam geworden. Damit sind beide Teile Deutschlands ineinander aufgegangen. Die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind Länder der Bundesrepublik Deutschland. Hauptstadt Deutschlands ist das

ganze Berlin. Wir heißen die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder bei uns herzlich willkommen.

(Lebhafter Beifall.)

Von heute an gibt es in der Völkergemeinschaft nur noch ein einziges, ein einiges Deutschland. Die Einheit nach mehr als 40 Jahren gewaltsamer Trennung und scheinbar vergeblicher Hoffnung wiedererlangt zu haben, macht uns alle unsagbar froh.

Mit Freude und Genugtuung erfüllt uns als Demokraten, auf welche Weise die Einheit Deutschlands zurückgewonnen wurde: Die Einheit beruht nicht auf dem Willensentscheid und dem Spruch der Mächtigen. Sie ist getragen vom Willen des ganzen Volkes. Es sind unsere Landsleute und unsere Verwandten in der bisherigen DDR gewesen, die sie gegen den Widerstand der Mächtigen ertrotzt und erkämpft haben.

Wir verneigen uns vor dem Mut so vieler Frauen und Männer, die sich selbst und ihr Lebensglück in jenen entscheidenden Tagen des vergangenen Jahres selbstlos eingesetzt haben. Sie können hochoberhauptes in die Vereinigung Deutschlands gehen.

Und ein Zweites macht uns stolz: Die Einheit Deutschlands ist nicht um ihrer selbst willen gegen die alten Machthaber der DDR erstritten worden. Den Menschen, die damals auf den Straßen und Plätzen der DDR „Wir sind das Volk“ und dann „Wir sind ein Volk“ gerufen haben, ging es um das Recht und die Freiheit, die unsere Nationalhymne in einem Atemzug mit der Einigkeit nennt. Es ehrt uns Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, daß unsere Landsleute ihr Vertrauen voller Zuversicht dareingesetzt haben, dieses Streben nach Recht und Freiheit in der Einheit und in der Einigkeit mit uns erreichen zu können. Mit tiefer Bewegung haben wir wohl alle erkannt, daß 40 Jahre staatlich betriebener Umerziehungsversuche im anderen deutschen Staat nichts vermocht haben gegen die innere Verbundenheit der deutschen Nation.

Bei aller Freude und bei allem Stolz gibt es für uns aber auch Anlaß zur Demut: Demut in dem Bewußtsein, daß uns im Glück der Vereinigung das Wohlwollen der Völker Europas und der Welt trägt, obwohl von Deutschen vor einem halben Jahrhundert Verbrechen von apokalyptischem Ausmaß begangen wurden und obwohl das deutsche Volk die Verantwortung für einen der verheerendsten Kriege der Weltgeschichte trägt.

Demut aber auch in dieser Erkenntnis: Noch so viel Mut und Opferbereitschaft der Bürgerinnen

Präsident

und Bürger der ehemaligen DDR und noch so viel Hilfsbereitschaft von außen hätten im vergangenen Oktober statt der ersehnten Befreiung nur neues Leid bewirkt, wäre nicht im Verhältnis der beiden nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Machtblöcke eine entscheidende Wende zum Besseren eingetreten. Zu ihr haben wir zwar beigetragen, sie hat aber letztlich nicht in unserer Hand gelegen.

Wir erinnern uns an den tiefen Graben des Mißtrauens zwischen den Machtblöcken des Ostens und des Westens, an die blutigen Umstände, unter denen der Arbeiteraufstand des 17. Juni 1953 von sowjetischen Truppen niedergeschlagen wurde. Der Freiheitswille und der Mut der Arbeiter in Ost-Berlin und in vielen anderen Städten der DDR, die ihren Protest gegen die von der Staatsmacht zuvor beschlossene Normerhöhung mit der Forderung nach freien Wahlen verbanden, war nicht geringer als derjenige der Menschen, die im letzten Oktober auf die Straße gingen. Und doch mußte der Aufstand damals scheitern, weil hinter der Regierung der DDR die Macht der stalinistischen Sowjetunion stand, die zur Stützung der von ihr eingesetzten Herrschaft auch gegen den Willen des Volkes entschlossen war. Der Aufstand mußte scheitern, weil die damalige Sowjetunion ihre Vormachtstellung gefährdet sah.

Wir dürfen froh und dankbar sein, daß die Feindschaft der großen Machtblöcke im Osten und im Westen Schritt für Schritt einer zunächst vorsichtigen, dann immer rascher sich vollziehenden Verständigung gewichen ist, und daß realistische Politiker im Westen wie im Osten, ganz besonders Michail Gorbatschow, erkannt haben: Die großen Probleme der Welt sind nur durch Zusammenarbeit und nicht anders zu lösen. Dies alles hat schließlich den Boden für die Selbstbefreiung der Bürgerinnen und Bürger in der DDR bereitet.

Wir wollen auch einen zweiten Umstand nicht vergessen, der, ohne daß wir hierauf entscheidend Einfluß gehabt hätten, die politischen Gewichte in Europa verschoben hat: Es ist die Erkenntnis der Länder Osteuropas, daß das politisch-ökonomische System des Kommunismus gescheitert ist, eine Erkenntnis, die schließlich auch die Regierungen dieser Länder erfaßte. Schon seit Jahren hatten besonders Polen und Ungarn, aber auch die Sowjetunion, hieraus erste Folgerungen gezogen. Sie hatten begonnen, die innere Ordnung ihrer Staaten dem Drängen ihrer Völker nach Freiheit und Selbstverantwortung anzupassen. So hatten schon im letzten Jahr, am 6. Juli, die Sowjetunion, Ungarn und Polen Parlamentarier zu einer Sitzung der Parlamentarischen Ver-

sammlung in Straßburg entsandt, wenn auch zunächst nur mit einem besonderen Gästestatus. Allein die Staatsgewalt der DDR hatte uneinsichtig auf den alten Positionen des kalten Krieges, auf ihrem ideologisch bestimmten Feindbild beharrt.

Und so ist eingetreten, was Gorbatschow am 7. Oktober 1989 im Anschluß an die Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR gegenüber den Medien vorausgesagt hat: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Die Mächtigen in der DDR hatten nicht nur den Kontakt zum eigenen Volk verloren. Sie hatten auch im Ausland keine Bundesgenossen mehr, auf die sie in einem Kampf gegen das eigene Volk hätten zählen können.

Ich danke deshalb besonders den Verantwortlichen der ungarischen Regierung.

(Lebhafter Beifall.)

Sie haben in einem entscheidenden Augenblick des vergangenen Jahres, als die inneren Spannungen der DDR die Menschen in Massen außer Landes trieben, als erste den Mut gehabt, der DDR-Regierung die Gefolgschaft zu versagen und die Grenzen zu öffnen. Ohne diese mutige Tat wäre der Lauf der Ereignisse vielleicht ein anderer gewesen. Jedenfalls hätte er sich langsamer und schmerzvoller vollzogen.

Wir denken in dieser Stunde an alle Opfer, die an den Grenzen, an der Mauer oder in den Gefängnissen und Lagern ihr Leben oder ihre Gesundheit verloren haben.

Nun richten sich die Erwartungen und Hoffnungen nicht nur unserer Mitbürger in den fünf neuen Bundesländern, sondern der Menschen Osteuropas insgesamt auf uns und unsere Kraft zur Solidarität. Wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Was unsere Landsleute in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und im Osten Berlins heute im Angesicht der deutschen Einheit empfinden, werden sie uns selbst wissen lassen. Es steht uns nicht an, hierzu etwas zu sagen und uns damit zum Vormund ihrer Empfindungen zu machen.

Was dieser Tag aber für das Denken und Fühlen der großen Mehrheit unseres Volkes bedeutet, das will ich frei heraus bekennen: Noch können sich viele kaum vorstellen, welche Erweiterung unseres Bewußtseins in der Erkenntnis liegt, in einem einigen Deutschland zu leben. Es ist auch keine Schande, wenn wir uns heute eingestehen, daß uns zwar unsere Verwandten, Freunde und Bekannten in der früheren DDR über all die Jahre

nicht entfremdet werden konnten, daß aber das Land jenseits des Eisernen Vorhangs im Bewußtsein vieler immer ferner rücken mußte.

Wer von uns konnte denn angesichts der Hürden, die der Staatsapparat der DDR vor den Besuchern des Landes auftürmte, noch frei und mit all seinen Sinnen die Stätten erleben, an denen Elisabeth von Thüringen, Luther, Goethe, Schiller, Johann Sebastian Bach, Caspar David Friedrich und viele andere gelebt und gewirkt haben, denen wir unsere reiche Kultur mit verdanken?

Diese Sperren sind nun beseitigt. Nun kann unser Handeln, Fühlen und Denken ungehindert dem ganzen, neuen und geeinten Lande gelten. Wir werden es auch erleben, wie schnell dieses Gefühl für uns und vor allem für unsere Kinder Normalität werden wird. Von diesem einigen Deutschland wird sich unser Blick dann auch wieder mehr den osteuropäischen Völkern zuwenden, wie es lange Jahrhunderte hinweg gewesen ist. Ich denke, wir alle brauchen uns gegenseitig jetzt mehr denn je.

In diesem Zusammenhang richte ich ein Wort an alle, für die die Vereinigung Deutschlands die bittere und endgültige Gewißheit bringt, daß ihre frühere Heimat jenseits der Oder-Neiße-Linie unwiederbringlich verloren ist, nicht mehr Deutschland ist. Wir achten ihre Trauer um das Verlorene. Viele unter uns erinnern sich auch noch aus eigenem Erleben an die Leiden, die die Flüchtlinge aus diesen Gebieten auf ihrer Flucht vor der herannahenden Roten Armee oder im Zuge der Vertreibung — einem der größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit — haben ertragen müssen. Wegen dieser Trauer um die verlorene Heimat dürfen sie nicht des Revanchismus verdächtigt und als Ewiggestrige verschrien werden.

(Lebhafter Beifall.)

Die Vertriebenen sind Opfer und nicht Täter.

(Beifall.)

Wir dürfen auch nicht über die in Jahrhunderten gewachsene Kulturleistung der zuletzt fast 10 Millionen Deutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten hinweggehen und sie vergessen. Die Geschichte läßt sich auf Dauer nicht betrügen. Niemand wird widersprechen können, daß Käthe Kollwitz und Immanuel Kant in Königsberg, Arthur Schopenhauer in Danzig, Kurt Schumacher in Kulm, Ferdinand Lassalle in Breslau, Joseph Freiherr von Eichendorff in Ratibor und Gerhart Hauptmann in Obersalzbrunn geboren sind. Wir können jetzt aber mit Freude feststellen, daß auch unsere östlichen

Nachbarn immer mehr den Beitrag anerkennen, den Deutsche für die Entwicklung dieser Räume geleistet haben.

Es muß uns aber allen auch klar sein: Diese Staatsgebiete Deutschlands haben wir nach dem Zweiten Weltkrieg und nicht heute endgültig verloren. Dieser Verlust ist eine Folge des vom nazistischen Deutschland begonnenen Krieges, und diese Folge müssen wir gemeinsam tragen, so wie wir das seit 45 Jahren schon beispielhaft getan haben.

Die aus ihrer angestammten Heimat Vertriebenen dürfen vor allem nicht vergessen: Ihre alte Heimat ist nun die Heimat anderer Menschen, die sich dort niederlassen mußten, die dort geboren und dort aufgewachsen sind, die dort seit fast einem halben Jahrhundert leben und die neues Heimatrecht erworben haben. Unser aller Aufgabe ist es, jetzt für die Versöhnung beider Völker zu sorgen.

(Lebhafter Beifall.)

Wir wollen nun den Blick weiter nach vorn richten, damit den neugebildeten und zu uns gekommenen Bundesländern und den in ihnen lebenden Menschen möglichst schnell und unmittelbar geholfen wird. Gerade für uns Niedersachsen, die wir eine lange Grenze zur ehemaligen DDR gehabt haben und die wir wohl als Bundesland am meisten unter der Trennung gelitten haben, stellen sich dabei viele Fragen und Aufgaben, und sie stellen sich uns noch viel unmittelbarer, als dies für die anderen Bundesländer im Westen gilt. Die Verhaue und Sperren, mit denen die Menschen der DDR von uns getrennt wurden, sind überwunden. Die Reste der Befestigungen, die wir bei Brome, bei Zicherie, im Harz, bei Duderstadt und anderswo heute noch sehen, sollten nicht alle beseitigt werden. Sie sollten als geschichtliches Zeugnis und als Mahnung für die nach uns Kommenden erhalten bleiben.

(Beifall.)

Nun kommt es darauf an, die vielen menschlichen und wirtschaftlichen Bande wieder zusammenzuknüpfen und zu verstärken, die Niedersachsen vor der Spaltung Deutschlands mit den Nachbarn in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Thüringen hatte.

Auch in Niedersachsen werden wir es aber überwiegend mit den allen Bundesländern gemeinsamen Problemen zu tun haben, die die Vereinigung mit sich bringt. Die drängendste Aufgabe ist die, welche uns das Grundgesetz unter der Forderung „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ stellt. Möglichst schnell muß der

Präsident

Zustand überwunden werden, daß die ökologischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Gegebenheiten in den neu hinzugetretenen Bundesländern in nahezu jeder Beziehung wesentlich schlechter sind.

Dazu gehört auch ein Wort der Besinnung. Hüten wir uns davor, von dem östlichen Teil unseres Vaterlandes allzu robust materiell Besitz zu ergreifen. Mit Sorge sehen wir die Versuche von Geschäftemachern, die in wirtschaftlichen Dingen unerfahrenen Menschen zu übervorteilen. Es wird auf Dauer auch nicht gutgehen, wenn den Menschen nur Waren verkauft werden, aber keine Arbeit gegeben wird.

(Lebhafter Beifall.)

Wir alle wissen, daß die Bürger der neuen Bundesländer ganz überwiegend ohne persönliche Schuld in die wirtschaftliche Not geraten sind, die die Situation dort heute prägt. Nichts gibt uns das Recht, diese Not zum eigenen Vorteil auszunutzen. Im Gegenteil: Uneigennützig Hilfe ist das, was unsere Landsleute von uns erwarten dürfen, und dies nicht nur von staatlichen Stellen. Wir alle sind aufgerufen, jeder für sich einen Beitrag zur Überwindung dieser Kluft zu leisten. Dieser Beitrag darf sich auch nicht im Finanziel erschöpfen. Er hat sich auf alle Lebensbereiche zu erstrecken, auf die gesamte Vielfalt des öffentlichen Lebens im staatlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich. Deshalb ist es gut, daß schon in den vergangenen Monaten nicht nur staatliche und kommunale Stellen und Organisationen, sondern auch viele niedersächsische Bürgerinnen und Bürger von sich aus bereit waren, den Mitbürgern in der DDR Beistand zu leisten. Ihnen allen sei heute hier noch einmal gedankt.

(Beifall.)

Wenn wir die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ anstreben, sollten wir ein Weiteres bedenken: Einheitlichkeit meint nicht Gleichförmigkeit. Wenn wir von staatlicher und von nationaler Einheit sprechen, so meinen wir die Einheit in der Vielfalt der deutschen Stämme und ihrer Kulturleistungen, die Einheit in der Vielfalt der Landschaften, in denen sie ihre Heimat haben. Deshalb kann und darf es nicht unser Ziel sein, den neuen Ländern die bisher bewahrte Eigenart zu nehmen. Es gilt vielmehr, die dortigen Traditionen — mag auch vieles in den letzten vier Jahrzehnten verschüttet gewesen sein — zu achten und mit Leben zu erfüllen, die landsmannschaftlichen und landschaftlichen Besonderheiten und

die Eigenheiten ihrer Bevölkerung zu wahren und auch zu fördern. Die wiedergebildeten Länder müssen zu ihrer eigenen Identität finden, so wie auch wir nach dem Krieg eine eigene niedersächsische Identität gefunden haben.

Großartige Schätze an Kunst und Kultur gibt es in diesen Ländern zu bewahren, zu pflegen und auch wiederzuentdecken. Städte und Dörfer müssen nicht nur saniert, sondern so aufgebaut werden, daß in ihnen eigenes und vor allem selbstbewußtes Leben blüht. Gerade in diesen Bereichen können wir Erfahrungen aus eigenen Fehlern und Versäumnissen weitergeben und dazu beitragen, daß sie dort nicht wiederholt werden. Ich bitte Sie alle, mitzuhelfen, daß die neu zur Bundesrepublik hinzutretende Länder bei aller notwendigen Aufbauarbeit auch in diesem Sinne Unterstützung erfahren. Es liegt auch in unserem wohlverstandenen eigenen Interesse, dazu beizutragen, daß im Osten Deutschlands blühende, kulturell vielfältige und wirtschaftlich lebensfähige Länder entstehen, denn deren Reichtum ist auch unser Reichtum. Wir gehören zusammen.

Ein Weiteres sollte nicht vergessen werden: Zum Segen aller ist die Bundesrepublik Deutschland Teil der Europäischen Gemeinschaft und der westlichen Staatengemeinschaft. Sie ist und bleibt es auch nach der Vereinigung. Sie wird weiter daran mitarbeiten, daß eines Tages auch die politische Vereinigung Europas vollendet ist und damit aus trennenden Staatsgrenzen — auch auf Landkarten — verbindende Landesgrenzen werden. Wir werden in Erinnerung behalten, daß es diese Einbettung Deutschlands in die große Europäische Gemeinschaft und die westliche Staatengemeinschaft war, die es unseren im Zweiten Weltkrieg schwer geschädigten Nachbarn ermöglicht hat, der Vereinigung ohne Furcht zuzustimmen und sie zu unterstützen. Nur als Teil der großen Europäischen Gemeinschaft können wir uns auch der Aufgabe stellen, den Staaten im Osten Europas beim Wiederaufbau ihrer Volkswirtschaften zu helfen.

Meine Damen und Herren! Wir haben die Einheit Deutschlands in Freiheit gewonnen. Wir sind auf gutem Wege, zusammen mit unseren Freunden die Europäische Gemeinschaft zu vollenden. Wir sehen mit Freude, daß die Völker Osteuropas uns gute Nachbarn werden. Lassen Sie uns alle gemeinsam danach streben, daß der in diesen Tagen so gefährdete Friede der Welt gewahrt bleibt.

Unfriede, ob am Golf oder anderswo in der Welt, bedroht uns alle. Unsere Pläne und Wünsche für eine friedliche, freie und tatkräftige Bundes-

republik Deutschland in einem vereinten Europa können nur in einer Welt in Erfüllung gehen, in der Frieden herrscht. — Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall.)

Es spricht jetzt zu uns Herr Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Rudolf Wassermann.

**Dr. Wassermann:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Von der Französischen Revolution von 1789 hat man gesagt, sie sei der 71. Band der 70bändigen Ausgabe von Voltaires Werken. Von der Revolution, die im Oktober 1789 in den beiden großen Städten Sachsens begann, kann man nicht einmal sagen, daß Intellektuelle bei ihr Pate standen. Sicher wird sich um diese Tage und Wochen alsbald ein Mythos bilden. Er dürfte aber ganz anderer Art sein als der, der sich um die Französische Revolution gerant hat.

Vor unseren Augen häuten sich Mittel- und Osteuropa wie sonst nur nach großen Kriegen. Bismarck hatte die Einheit Deutschlands auf dem Wege über drei Kriege, die schlimme Wunden schlugen, zustande gebracht. Heute ist die Einheit des Landes nach 45jähriger Teilung auf friedlichem Wege wiederhergestellt. Welcher Tag ist historisch zu nennen, wenn nicht dieser?

Man hat zu Recht zwischen den äußeren und den inneren Aspekten der Einheit Deutschlands unterschieden. In einem höheren Sinn ist es zutreffend, wenn gesagt wird, daß die Teilung Deutschlands das Ergebnis der Hitlerschen Kriegs- und Völkervernichtungspolitik war, der das deutsche Volk bis zum bitteren Ende gefolgt ist. Konkret haben jedoch die Siegermächte das besiegte Land geteilt, zunächst in Besatzungszonen, wobei sie sich die Verantwortung für Deutschland als Ganzes vorbehielten, später — 1948/49 — durch die Aufträge zur Bildung zweier Staatsfragmente. Was ist nicht alles über die Rechtslage Deutschlands geschrieben worden, teils um den merkwürdigen — um nicht zu sagen: monströsen — Zustand deutscher Staatlichkeit zu erklären, teils um die Handlungsfähigkeit der auf deutschem Boden entstandenen staatlichen Ordnungen zu legitimieren! Mit dem heutigen Tage ist das alles zu Makulatur geworden.

Der Moskauer Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland stellt mit der Ablösung der Besatzungsmächte die Souveränität Deutschlands wieder her. In diesem Vertrag haben sich die früheren Alliierten mit der staatlichen Einheit Deutschlands einverstanden erklärt und die

Grenzen des vereinten Deutschlands festgelegt. Daß es gelungen ist, die Zustimmung der Siegermächte zur Wiedervereinigung in außen- wie innenpolitischer Selbstbestimmung zu erlangen, noch dazu in der unwahrscheinlich kurzen Zeit weniger Monate, ist ein politisches wie diplomatisches Meisterstück.

(Lebhafter Beifall.)

Sie alle denken in dieser Stunde sicherlich mit mir an die vielen Nachkriegskonferenzen, die sich erfolglos um die Herstellung der Einheit Deutschlands bemüht haben: an den Eden- und an den Rapacki-Plan — um nur diese zu nennen —, an die Stalin-Note von 1952 und an die darum entbrannten Kontroversen, aber auch an die vielen mitunter in Ritualen erstarrten Diskussionen, zunächst über die Überwindung der deutschen Spaltung, später über die Koexistenz und Partnerschaft zweier deutscher Staaten.

Erinnern wir uns: Die Bundesrepublik Deutschland zu errichten ist 1948/49 kaum einem deutschen Politiker leicht gefallen. Zu groß war die Sorge, dadurch zur Zementierung der Teilung Deutschlands beizutragen. Gegründet wurde die Bundesrepublik aus der Not der Zeit, weil die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens als elementare Voraussetzung für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland erschien, vor allem aber für die Gesundung der Verhältnisse im Westen Deutschlands. Was voraussehbar war, geschah: Der Errichtung des Weststaates folgte die Gründung der DDR auf dem Fuße.

Ich brauche hier nicht darzustellen, wie unterschiedlich die Entwicklung in Ost und West verlief. Nur dies sei vielleicht gesagt: Die Westintegration unter Einbindung in NATO und EG bewahrte die Bundesrepublik vor den Abenteuern eines Sonderweges zwischen Ost und West und auch vor der Rückkehr zum Bismarckschen Modell des Maklers in der Mitte Europas.

(Beifall.)

Die Westintegration befreite unsere Nachbarn aber auch von dem, was man Rapallo-Komplex nennt, von der Sorge also, daß sich die Bundesrepublik um der deutschen Einheit willen zur Sowjetunion hin- und vom Westen abwenden würde. Andererseits war Konrad Adenauer, der Architekt der Westintegration, gegen Ende seiner Regierungszeit der Auffassung, daß der Westorientierung eine Verbesserung der Beziehungen zum Osten, vor allem zur Sowjetunion, folgen müßte. Willy Brandt zog daraus die Konsequenzen in Gestalt einer Politik, die auf die Herstel-

Dr. Wassermann

lung nachbarlicher Beziehungen zur DDR — im Interesse der dort lebenden Menschen — gerichtet war. Das Bundesverfassungsgericht konnte, als es den Grundlagenvertrag von 1972 auf seine Verfassungsmäßigkeit prüfte, deshalb zu Recht feststellen, daß dieser Vertrag kein Teilungsvertrag war, sondern ein den damaligen Umständen nach geeigneter Schritt in Richtung auf eine Reorganisation Deutschlands, die nicht von der Wiedervereinigung weg-, sondern zu ihr hinführen konnte. Dies festzustellen ist eine Angelegenheit intellektueller Redlichkeit. Die Ost- und Entspannungspolitik war ein Beitrag dazu, daß man in der ehemaligen DDR freier atmen und daß sich freiheitliches Leben regen konnte.

Problematisch war allerdings jene Flut an Bekenntnissen zur Zweitstaatlichkeit, die seit Mitte der 70er Jahre das öffentliche Leben der Bundesrepublik zu durchdringen versuchte. Das Beschönigen der Verhältnisse, das Übersehen der tristen Realitäten in der DDR und das Wegsehen wurden nicht überall, aber vielenorts Übung. Und dies geschah im Einklang mit der Neigung, Schwächen unserer Ordnung, die es gibt, so hervorzuheben, daß der Unterschied zwischen freiheitlichem Rechtsstaat und totalitärer Diktatur zugunsten wertfreier Äquidistanz zwischen den beiden Systemen verwischt wurde.

(Beifall.)

Besuchte man — nicht offiziell eingeladen, sondern aus privaten, etwa familiären Gründen — die DDR, so mußte man sich fragen, ob dies dasselbe Land war, von dem die Medien das freundliche Bild gezeichnet hatten.

(Beifall.)

Bei alledem geriet auch die Rechtsposition des Grundgesetzes in die Gefahr der Preisgabe. Wie wichtig es indessen war, daran festzuhalten, zeigte sich im Spätsommer vorigen Jahres, als die gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit dem Flüchtlingsstrom aus der DDR erlaubte, seinen Weg zu uns über die Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Prag und Warschau zu nehmen. Wäre es dahin gekommen, daß die DDR-Staatsangehörigkeit anerkannt worden wäre, dann hätte Ungarn seine Grenzen nicht öffnen, dann hätte der Flüchtlingsstrom nicht über die Botschaften zu uns kommen können. Dies hat ja — wie der Herr Präsident des Landtages hervorgehoben hat — den Anstoß zur Umwälzung in der DDR gegeben.

(Lebhafter Beifall.)

Ich sage dies ohne Beckmesserei, in vollem Verständnis für Irrtümer, denen Menschen unterlie-

gen, ja unterliegen müssen, wenn das Denken von den Umständen abhängig ist. Niemand werfe den Stein, und noch immer gilt jener Satz, daß von der Hand, deren ausgestreckter Finger auf andere zeigt, vier Finger auf uns selbst zurückweisen. Dennoch ist es — gerade in einer Stunde der Besinnung wie der heutigen — unerlässlich zu fragen, wie es zu einer solchen, unsere Mitbürger in der DDR tief verunsichernden Fehleinschätzung kommen konnte. Einer der Gründe ist die sicher nicht nur in der Politik, sondern ganz allgemein zu beobachtende Neigung, nur zu sehen, was man sehen will. Haben sich dann Sichtweisen gar zu dem verfestigt, was man Zeitgeist nennt, macht sich die sogenannte Schweigespirale bemerkbar, die dazu führt, daß abweichende Meinungen kaum noch geäußert werden.

Auf ein Drittes möchte ich aufmerksam machen, weil auch dies eine Mitursache ist: das Schwinden des historischen Sinnes. Ohne Frage kann man seine Traditionen wählen. Das heißt heute, sich für die freiheitlichen und demokratischen Überlieferungen und gegen andere der deutschen Geschichte zu entscheiden. Seine Geschichte selbst kann man jedoch nicht ausschlagen wie eine Erbschaft nach dem BGB. Man muß sie zur Gänze annehmen — in ihren Kontinuitäten wie in ihren Brüchen.

Bismarcks Reichsgründung löste die deutsche Frage für mehrere Generationen. Die Todesgefahr, in die sie nach 1945 geriet, durfte unter geschichtlichem Aspekt nicht vergessen lassen, daß — um Richard von Weizsäcker zu zitieren — die Geschichte auch dort weitergeht, wo sie im Bewußtsein von Zeitgenossen ihr Ende erreicht zu haben scheint.

Und so war es ja: Die deutsche Frage kehrte auf die politische Bühne zurück, als sich die weltpolitischen Konstellationen geändert hatten, als die Sowjetunion unter Gorbatschow erkannte, daß die Spaltung Deutschlands nicht mehr in ihrem Interesse lag. Daß dann die Gunst der Stunde von den Männern an der Spitze unseres Gemeinwesens genutzt wurde, macht uns nicht übermütig. Seien wir dankbar — ich stimme da dem Präsidenten des Landtages aus vollem Herzen zu —, dankbar auch dafür, daß uns die Einheit nicht mehr als Geld kostet! Es hätte auch anders kommen können!

(Starker Beifall.)

Nicht so beeindruckend wie die Regelung der äußeren Seite der Vereinigung verliefen die Auseinandersetzungen um die inneren Aspekte. Nicht selten schien es, als ob der große Moment auf ein

kleines Geschlecht träfe. Das Gezerre um das Wahlrecht und um die Termine von Beitritt und gesamtdeutscher Wahl wird kaum so schnell der Vergessenheit anheimfallen, wie es um der Zukunft willen zu wünschen wäre. Überraschen konnte dies freilich nur den, der die Wirklichkeit der Parteiendemokratie nicht kennt, einer Demokratie, in der das Ringen um gemeinwohlorientierte Lösungen zwangsläufig überlagert wird vom permanenten Kampf um Machtgewinn, Machterhalt und Machtvermehrung, von einem Streit, der sich naturgemäß in einem Wahljahr potenziert.

Die Entscheidung für den Weg zur Einheit durch Beitritt der DDR, also über Artikel 23 des Grundgesetzes, war durch den Gang der Ereignisse bedingt. Aber sie war auch von tieferer Bedeutung, denn dadurch setzte die Geschichte jene ins Recht, die mit der sogenannten Kontinuitätstheorie die Bundesrepublik Deutschland als Dach für alle Deutschen betrachteten und auf deren Anziehungskraft vertraut hatten, auf die sogenannte Magnetwirkung. In der Tat: Der kürzeste Weg zur Einheit war der beste, weil nur auf diese Weise der Fall der bisherigen DDR ins Bodenlose verhindert werden konnte.

(Beifall.)

Auf der anderen Seite wird der Artikel 146 des Grundgesetzes damit nicht weggewischt. Der Gedanke der Legitimation einer Verfassung durch das Volk behält seine Kraft und ist in Artikel 5 des Einigungsvertrages verankert.

Es ist müßig, darüber zu streiten, ob das Tempo der Vereinigung zu hastig oder die Bundesrepublik, um nicht den Anschein der Bevormundung zu erwecken, gegenüber den Verhandlungspartnern aus der DDR zu nachgiebig gewesen ist. Politisches Geschehen vollzieht sich nun einmal nicht so erbaulich, wie unpolitische Gemüter es sich wünschen.

Nun muß aus dem „Ihr“, das zwischen den Bürgern in Ost und West derzeit noch den Ton bestimmt, das „Wir“ werden.

(Beifall.)

Nicht die Vergangenheit mit ihren echten oder vermeintlichen Identitäten gilt es zu bewahren, sondern es gilt, die Zukunft zu gestalten.

Der Herr Präsident des Landtages hat aufgefordert, nach vorn zu blicken. Es ist in der Tat nötig, da die Aufgaben, die vor uns liegen, unsere ganze Kraft erfordern, Prioritäten zu setzen. Daß diese sich nicht nur an Forderungen des Tages, sondern auch und vor allem an den Zukunftsperspektiven

orientieren müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Ich will versuchen, solche Prioritäten in neun Punkten zusammenzufassen.

Zunächst einmal gilt es, die künftige Rolle Deutschlands in der internationalen Welt zu bestimmen. Was der Herr Präsident des Landtages dazu gesagt hat, kann ich nur unterstreichen: Wir haben unsere Lektion aus dem Zweiten Weltkrieg gelernt. Ausbrüche eines neuen deutschen Größenwahns sind daher kaum zu befürchten. Allerdings werden wir uns künftig nicht mehr in einem außenpolitischen Schonraum aufhalten können und werden uns daran gewöhnen müssen, Beiträge zur Sicherung des Weltfriedens auch dort zu leisten, wo es nicht direkt um die Verteidigung unseres eigenen Landes geht. Darüber hinaus müssen wir neue, feste Brücken nach Osteuropa schlagen. Nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Völker Mittel- und Osteuropas erwarten das von uns. Die faszinierende Aufgabe, die sich für junge Menschen stellt, ist nicht nur eine Aufgabe für die, die in der alten Bundesrepublik beheimatet sind, sondern auch für diejenigen Menschen, die zu uns aus dem Gebiet der ehemaligen DDR kommen. Die internationale Welt hält für Tüchtige Chancen bereit, von denen frühere Generationen nur träumen konnten.

Aber lassen Sie mich ein Zweites hinzufügen: Für die Deutschen in der alten Bundesrepublik — wenn ich so sagen darf — geht die Zeit zu Ende, in der aus bundesdeutscher Nabelschau am laufenden Band Identitätsneurosen erwachsen. Die Versuche, in einem anormalen staatlichen Zustand Verfassungspatriotismus als Identitätserersatz anzudienen, waren ehrenwert. Daran sollte man keinen Zweifel aufkommen lassen. Von nun an haben wir jedoch alles, was einen normalen Staat ausmacht. Die gewaltigen Aufgaben, die vor uns liegen, erfordern, daß wir die Einheit auch in den Köpfen vollziehen, was nicht möglich ist, ohne daß „geistiger Ballast“ abgeworfen wird. Damit meine ich, daß eine bislang oft kleinkarierte Politik, wie sie die Bundestagsprotokolle vergangener Jahre offenlegen, nun jenen Elan gewinnen muß, ohne den die Zukunft nicht zu gewinnen ist. Wenn wir Deutsche nicht mehr auf der Flucht vor uns selbst sind, werden wir auch lernen, diesen unseren demokratischen Staat unverkrampft zu repräsentieren. Mir scheint, in diesen Tagen ist damit schon ein hoffnungsvoller Anfang gemacht worden.

Das DDR-Regime, als Unrechtsregime gegründet, hat zu keiner Zeit demokratische Legitimität besessen. Die DDR war ein Überwachungs- und Klassenstaat. Gleichwohl bleibt das vom klassen-

Dr. Wassermann

kämpferischen SED-Regime im Wege entschädigungsloser Enteignung geschaffene Staatseigentum bestehen, um alsbald an Investoren übereignet zu werden. Man kann nur hoffen und wünschen, daß eine leistungssteigernde Privatisierung der zu entflechtenden Kombinate und Latifundien unter Herstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit gelingt, ebenso wie der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung. Bemerkenswerterweise ist es gerade die Wirtschaft, die auf den Aufbau der Verwaltung drängt, und dies nicht nur wegen der Unordnung im Liegenschafts-, Bau- und Registerwesen.

Wegen der großen Unterstützung, die Niedersachsen Sachsen-Anhalt leistet, sind einige Bemerkungen nötig. Die Länder, die in der bisherigen DDR aus mehr symbolischen als in der Sache liegenden Gründen in fünffacher Zahl entstehen, sind zur Zeit noch kaum mehr als Gedankengebilde. Der Aufbau der Länderverwaltung wie auch der einer funktionierenden kommunalen Selbstverwaltung wird sich voraussichtlich als schwieriger erweisen als angenommen. Die Öffentlichkeit blickt auf Wahlen, Parlamente und Ministerien, die Bürger aber bedürfen funktionierender Verwaltungen.

(Zuruf: Die Bürgerinnen auch!)

Die Unterstützung des Aufbaues ist sicher ein quantitatives Problem, aber auch ein qualitatives. So rar Beamtinnen und Beamte

(Zuruf: Sehr gut! — Beifall — Weiterer Zuruf: Jetzt weiter so!)

mit Gestaltungskraft auch sind, auch in Niedersachsen — gerade sie müssen vorzugsweise in die neuen Länder entsandt werden, auch wenn sie uns hier fehlen werden. Mittelmaß genügt nicht für die administrative Zuwendung, die die neuen Länder brauchen. Das gilt auch für den Aufbau einer glaubwürdigen Justiz.

Ein Weiteres: Der Sprung von gewohnter Bevormundung in die Freiheit ist für die Menschen in den neuen Ländern psychisch nur zu bewältigen, wenn die Solidarität der Westdeutschen außer Frage steht. Solche Solidarität schulden auch die, die fremdeln, wenn sie von Leipzig oder Dresden hören, und die bisher der Wiedervereinigung gleichgültig oder ablehnend gegenüberstanden — und die gibt es in der alten Bundesrepublik in nicht geringer Zahl.

(Zuruf: Sehr wahr!)

Andererseits ist die Bundesrepublik kein Schlaraffenland. Die hier anzutreffenden Wohlstände, die vor allem Frucht jahrzehntelanger harter Arbeit sind, werden meist überschätzt. Wir sollten

nicht zulassen, daß sich — wie es in einem klugen Leitartikel kürzlich zu lesen war — in Mißvergnügen und Mißgunst verwandelt, was doch allen zu Glück und Freude gereichen sollte.

(Beifall.)

An einem solchen Tage wie dem heutigen ist auch Selbstkritik angebracht. Wir müssen uns wohl fragen, ob sich ohne westliches Zutun jene Flut von Forderungen entwickelt hätte, die den Anschein erweckte, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erfolge mit großen Vorbehalten. Man braucht nur hinzufahren, um zu erfahren, daß es anders ist. Nachdem die Führung der DDR ihren Staat in den Bankrott geführt hat, geht es um solidarische Hilfe für jenen Teil des Volkes, der 1945 das schlechtere Los wählen mußte. Es geht um Nächstenhilfe im Aufbau menschenwürdigen Lebens nach dem Zusammenbruch des Systems der täglichen und unablässigen Lüge, die ja wohl das Schlimmste war, was unseren Landsleuten zugemutet wurde.

(Beifall.)

Die Lösung der nationalen Frage, die wir heute feiern, bringt uns aber eine neue soziale Frage, die durch ein Gefälle in bezug auf Arbeitsproduktivität und technologische Ausrüstung sowie durch wachsende Arbeitslosigkeit bestimmt ist. Je eher in der ehemaligen DDR das, was wir heute als erlernte Hilflosigkeit dort kennenlernen, von der Bereitschaft zum Lernen und Mitmachen, zur Öffnung gegenüber dem Neuen und zum Erkennen und Begreifen von Chancen abgelöst wird, um so schneller wird sich der Abstand zu Westdeutschland verkürzen. Dazu müssen wir auch im eigenen Interesse beitragen, denn nur so können soziale Spannungen eines Ausmaßes vermieden werden, das wir in der Bundesrepublik bisher noch nicht erlebt haben.

Sorge bereitet die Aufarbeitung der Vergangenheit. Der Wunsch, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, ist aus der Situation der bisherigen DDR-Politiker und -Politikerinnen verständlich. Um der Glaubwürdigkeit einer rechtsstaatlichen, auf die Menschenrechte gegründeten Ordnung willen muß jedoch darauf bestanden werden, daß Morde, Menschenrechtsverletzungen, strafbare Handlungen überhaupt, aber auch das, was die Stasi getan hat, nicht unter einen Teppich gekehrt werden, der Täter und Opfer zugleich zudeckt.

(Lebhafter Beifall.)

Nicht das Verdrängen, sondern das Erinnern, das Sichauseinandersetzen mit dem, was geschehen ist, macht frei. Mein ganzes berufliches Leben

habe ich mich für die erinnernde Auseinandersetzung, aber auch Ahndung dessen eingesetzt, was unter der NS-Herrschaft geschehen ist. Wie aber wollten wir es verantworten, daß wir die Nazitäter trotz ihres Glaubens an die Rechtfertigung ihres Tuns durch staatliche Befehle vor Gericht stellen, aber über das, was durch das SED-Regime geschah, den Mantel des Vergessens breiten? Hier steht Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Wir können nicht umsonst darauf bestanden haben, daß das Unrecht, das in der NS-Zeit geschah, beim Namen genannt wird, weil Unrecht Unrecht bleibt.

(Beifall.)

Von den engagierten Nomenklaturkadern sowie von den Stasi-Leuten und den strafrechtlich Schuldigen sind die bloßen Mitläufer des Regimes zu unterscheiden. Ich weiß aus vielen Gesprächen: Sehr viele unserer Mitbürger in der bisherigen DDR empfinden es als Zumutung, wenn sie jetzt in jenen, die sie bisher als willfähige Handlanger eines Systems schikaniert haben, künftige Beamte des demokratischen Rechtsstaates erblicken sollen. Gleichwohl: Es bleibt nichts anderes übrig, und wir tun recht daran, bei all diesen, die mitgemacht haben, auf Abkehr und Umkehr zu setzen, wenn sie nicht Unrecht in dem skizzierten Sinne getan haben. In Fortbildungskursen allein kann man demokratischen Gemeinsinn und Rechtsbewußtsein freilich nicht erlernen. Dazu gehört mehr.

Damit, meine Damen, meine Herren, ist die Problematik der Integration der früheren DDR in die Bundesrepublik angesprochen. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, daß aus dem „Ihr“, das heute noch so oft zu hören ist, ein „Wir“ wird. Staatsrechtlich betrachtet bedeutet die Einbindung von Politik, Verwaltung und Justiz in das föderative, in Bund und Länder gegliederte System die Aufgabe, die vor uns liegt. Was die Integration in den Bund angeht, so ist diese eng mit der Hauptstadtfrage verknüpft. Spektakulär ist die solidarische Frontstellung der Länder gegen Berlin als Regierungssitz ohne Frage. Ob sie auch der föderalistischen Weisheit letzter Schluß ist, dahinter ist wohl ein Fragezeichen zu setzen.

(Zuruf: Ein sehr großes!)

Es geht um ein nicht zu unterschätzendes Stück Glaubwürdigkeit, wenn jahrzehntelange Bekennnisse zu Berlin durch die subtile Trennung von Hauptstadt und Regierungssitz zum Schnee von gestern erklärt werden.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn jetzt die Menschen jenseits des Harzes und des Thüringer Waldes so voller Erwartung zu uns kommen, dann darf sich nicht das Gefühl ausbreiten, daß sie doch nicht so richtig dazugehören. Das aber ist zu befürchten, wenn sich die föderative Bundesrepublik zu einem Polyzentrismus der Bundesinstanzen bekennt, aber den neuen, großen Teil der Bundesrepublik nicht angemessen berücksichtigt. Daß auch in Berlin manches verändert werden muß, um die in vielem provinziell gewordene Stadt auf die Ausübung ihrer alten und neuen Funktion vorzubereiten, steht auf einem anderen Blatt.

Es lag nahe, die Schaffung der Länder in der bisherigen DDR als Anlaß zum Nachdenken darüber zu benutzen, wie der Föderalismus vor weiterer Aushöhlung zu bewahren sei. Die Gefahr, daß sich der bundesdeutsche Föderalismus zum Partikularismus entwickelt, haben die Länder bisher zu vermeiden gewußt — und das ist nicht wenig. Es kommt nun darauf an, daß die tatsächliche Rolle der Länder im politischen Konzert, die gesunken ist, nicht hinter ihrer staatsrechtlichen zurückbleibt. Eine bessere Finanzausstattung ist notwendig, ebenso eine neue Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern.

Daß sich ein Europa der Regionen in dem Sinne entwickelt, daß die Nationalstaaten nur noch Provisorien sind, ist visionär, aber zweifelhaft. Die Nation ist noch immer die größte Kommunikationsgemeinschaft, und auch die Identitätsstiftung ist ganz überwiegend ihr Werk. Im vereinten Europa wird der Nationalstaat deshalb fortbestehen, allerdings supranational eingebunden, wie wir ja Deutschland heute bereits definieren. Bedenkt man, in welcher Weise die Organe der Europäischen Gemeinschaften schon heute in die staatlichen Kompetenzen eingreifen, dann ist es konsequent, wenn die Länder neben dem Bund eine unmittelbare Repräsentanz ihrer Interessen gegenüber der EG beanspruchen.

Wenig realistisch scheint es mir allerdings zu sein, einerseits auf eine Stärkung des Ländergewichts zu drängen, andererseits aber die Frage der Neugliederung der Bundesländer zu tabuisieren. Wenn es zu der schon erwähnten, in Artikel 5 des Einigungsvertrages verabredeten Verfassungsdiskussion kommt, wird sich vermutlich erweisen, daß die Debatte kaum auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern entsprechend dem gemeinsamen Beschluß der Ministerpräsidenten vom 9. Juli 1990 und auf die Neugliederung im Raum Berlin-Brandenburg zu beschränken ist. Die alten niedersächsischen Pläne für einen Nordstaat, die mit dem Altministerpräsidenten Alfred

Dr. Wassermann

Kubel verbunden sind, könnten aktuell werden, wenn die Existenzberechtigung der kleinen Bundesländer in die Diskussion einbezogen wird. Möglicherweise wird dann auch — schrecklich heute auszusprechen — zu prüfen sein, ob der Bezirk Magdeburg, der jetzt Bestandteil des Kunstgebildes Sachsen-Anhalt ist, nicht besser Niedersachsen oder dem Nordstaat zuzuordnen wäre. Der Föderalismus, wie wir ihn bisher haben, ist — die Geschichte geht weiter — vermutlich nicht das letzte Wort im vereinten Europa.

„Wir sind das Volk“ hieß es in jenen bewegenden Wochen, in denen von Leipzig aus der Umbruch in der DDR begann. Das Volk und niemand anders sonst hat die Herrschaft der Diktatur beendet und den Weg zur Einheit riskiert. Müssen wir da nicht umdenken, was die Mündigkeit des Volkes angeht? Die Verfassungsdiskussion, die uns bevorsteht, könnte das Grundgesetz in verantwortungsbewußter Weiterentwicklung zum echten, kostbaren Besitz für alle Deutschen machen. Das hängt davon ab, wie sehr sich die Deutschen in den neuen Ländern, die mit materiellen Sorgen überlastet sind, an dieser Diskussion beteiligen. Das hängt aber auch davon ab, inwieweit wir in den alten Ländern bereit sind umzudenken. Müssen wir uns dann, wenn die Verfassungsdiskussion geführt wird, nicht daran erinnern, daß Demokratie nicht die Souveränität von Funktions- oder Parteieliten zum Inhalt hat, sondern die Souveränität des Volkes? Müssen wir nicht hier auch den Mut haben, einerseits die parlamentarische Demokratie zu verteidigen, aber andererseits die Frage ihrer Weiterentwicklung nicht von vornherein zu unterbinden?

Auch Niedersachsen steht vor einer Verfassungsdebatte. Dieses Land, dessen Verfassung sich bewußt bis heute eine vorläufige nennt, muß verfassungsrechtlich aus dem Stadium der Vorläufigkeit in das des Definitiven eintreten. Mir scheint, die Bewältigung dieser Aufgabe wird erleichtert, wenn man auf andere Länder sieht und sich vor Augen hält, was dort geschehen soll — wie etwa in Hessen — oder was bereits geschehen ist — wie in bemerkenswerter Weise in Schleswig-Holstein.

Zum Letzten: Ist es abwegig, die Frage aufzuwerfen, ob sich nicht aus dem bewegenden Geschehen dieser Tage, Wochen und Monate auch Nutzen ziehen ließe für die politische Kultur unseres Gemeinwesens, für die politische Gesittung und Moral, für den Stil, in dem wir miteinander umgehen? Konflikte sind in der Politik unvermeidlich, ja nötig, weil sie der Motor in der Entwicklung sein können. Die Frage ist jedoch, ob die notwendigen Auseinandersetzungen in einem

Stil zu führen sind, der die Politikverdrossenheit der Bürger nährt. Damit wird nicht etwa der Friedhofsstille das Wort geredet, sondern jener Achtung vor dem Menschlichen wie dem Recht, die das Fundament einer dem Grundgesetz verpflichteten Kultur sein muß. Es ist bedrückend, in diesen Tagen hören zu müssen, der kommende Bundestagswahlkampf werde schmutzig werden wie kein anderer zuvor, bedrückend auch, weil man sich fragt, ob diese Ankündigung sich selbst erfüllende Prophezeiung oder Warnung sein soll. Menschlichkeit fängt ja nun einmal zu Hause an.

Sollte nicht die neue Situation, in der sich Aufbau, Zwang und Aktionsdimension so einmalig mischen, Veranlassung geben, auch Wahlkämpfe souveräner und sicherer zu führen als bisher? Und sollten sich jetzt nicht die Intellektuellen, unter denen es so viele Freunde der deutschen Teilung gab, fragen, ob es nicht an der Zeit ist, ihren Frieden mit dem demokratischen Rechtsstaat und der parlamentarischen Demokratie zu schließen?

(Lebhafter Beifall.)

Das vereinte Deutschland — darüber sollte kein Zweifel laut werden — braucht kritische, intellektuelle Begleitung, aber keine Ressentiments und keine feindselige Haltung gegen die Institution, unter deren Dach jetzt zwei Gesellschaften zusammenwachsen müssen. Das Mißtrauen der Bürgerinnen und Bürger ist stets vonnöten. In der DDR sitzt es tief aufgrund der Erfahrungen mit der Diktatur. Aber politische Kultur ist erst dann gegeben, wenn politische Moral nicht zum Dekorationsstück für Sonntagsreden herabgewürdigt wird.

(Beifall.)

Lassen Sie mich schließen, meine sehr verehrten Damen, meine Herren. Der Herr Präsident des Landtages hat auf die lange Grenze zur DDR hingewiesen, die Niedersachsen hatte, die bisher trennte und die heute verbindet. Der östliche Teil Niedersachsens ist kein Randgebiet mehr, er liegt wieder mitten in Deutschland. Seit seiner Gründung war Niedersachsen — wer wüßte es besser als Sie — reich an Menschen, vor allem reich an Problemen. Heute braucht es einen Reichtum ganz besonderer Art: an Menschen, die zupacken können. Was immer uns bevorsteht, die Chance, ganz Deutschland zu einem Land des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands und der sozialen Gerechtigkeit zu machen, ist nicht unreal; sie besteht, und sie muß genutzt werden.

Wir werden in dieser Stunde der Opfer an der nun beseitigten Grenze der Unmenschlichkeit gedenken müssen. Lassen Sie uns auch derjenigen

gedenken, die dazu beigetragen haben, das Ereignis möglich zu machen, das uns hier vereint. Über das hinaus, was der Herr Landtagspräsident hier Richtiges und Bedenkenswertes gesagt hat, möchte ich einen Mann nennen, stellvertretend für alle die, an die man hier erinnern müßte, den früheren Oberbürgermeister von Magdeburg, der alle Wechselfälle des politischen Lebens durchlitten hatte, bevor er 1946 zum Symbol des Berliner Freiheitskampfes wurde: Ernst Reuter. Als Reuter starb, sagte Bundespräsident Heuss, der Tag der Einheit werde kommen. Wenn aber dieser Tag gekommen sei, dann würden die Menschen aus Rostock, Halle und Magdeburg an Reuters Grab in Zehlendorf kommen, um eine Blume als Dank niederzulegen, als Dank für die Ermutigung, die er in schwerer Zeit den Deutschen in Mitteldeutschland und Berlin gegeben hat. Ich habe diese Blume auf sein Grab legen lassen.

Historische Tage sind nicht immer frohe Tage. Aber heute ist ein fröhlicher Tag. Um nichts zu beschönigen, sondern mit Lassalle auszusprechen, was ist, habe ich die Schatten erwähnt, die auf das Ereignis fallen, und die Zukunftsaufgaben zu umreißen versucht. Aber all das, was bedenklich

erscheint, darf uns den Blick für die Größe und den Glanz dieses Tages nicht verstellen. Was wären wir für Krämerseelen, wenn wir anders dächten!

(Starker, lang anhaltender Beifall.)

**Präsident Milde:**

Herr Dr. Wassermann, ich danke Ihnen im Namen des Hauses für Ihre Ansprache.

(Das Isernhagener Streichquartett spielt den 2. Satz Poco adagio Cantabile aus dem Streichquartett C-Dur Opus 76 Nr. 3 „Kaiserquartett“ von Joseph Haydn. — Die Darbietung wird mit lebhaftem Beifall bedacht.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie jetzt bitten, sich zu erheben. Wir singen die Nationalhymne.

(Die Abgeordneten erheben sich und singen die Nationalhymne.)

Unsere Feierstunde ist beendet. Ich danke Ihnen.

Schluß der Sitzung: 12.37 Uhr.